Nummer 517

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 20 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 6gespaltene Zeile 2.00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kursteil, Zinstabellen-Kalender, Deutsche Lebensversf.-Gesellschaften, Allgem. Versicherungsaktien mit Kursen, Zahlungsaktien der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.
Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: «Börsenkrone» | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Mittwoch, 12. November 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

TU Berlin, 11. November.

Der Entwurf einer Verordnung über die Bildung eines vorbereitenden Reichswirtschaftsrats war Gegenstand einer kommissarischen Besprechung, die zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, den Vertretern der übrigen Reichsministerien und Vertretern der bundesstaatlichen Regierungen am heutigen Tage stattfand. Man war sich darüber einig, daß der vorbereitende Reichswirtschaftsrat dieselben Vollmachten und Aufgaben erhalten sollte, wie sie für den endgültigen durch die Reichsverfassung vorgesehen sind bis auf das Recht der Initiative bei der Einbringung von Gesetzentwürfen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Verteilung der Sitze. Seitens einzelner Fachministerien, wie auch seitens der verschiedenen Länder wurden Wünsche nach stärkerer Beteiligung der einzelnen Berufsgruppen zur Sprache gebracht. So wurde seitens der Hansastädte auf eine Erhöhung der Vertreterzahl des Verkehrsgewerbes und des Außenhandels Wert gelegt. Die Vertreter der Landwirtschaft an den einzelnen Staaten forderten eine bedeutende Erhöhung der landwirtschaftlichen Vertreterzahl. Die Vertreter des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums betonten, daß die Zahl der Mitglieder nicht von vornherein zu hoch angesehen werden dürfe, und zwar um die Arbeitsfähigkeit des Wirtschaftsparlaments nicht zu gefährden und mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen und wegen der alsdann auch notwendig werdenden Erhöhung der Sitze der Verbraucher. Ferner wurde verschiedentlich betont, daß die sachliche Gliederung, wie sie der Entwurf vorsieht, zur Wahrnehmung der Interessen der verschiedenen Landesteile nicht ausreicht. Vor allem seien die Arbeitsgemeinschaften und die für Industrie und Handel vorgesehenen Berater noch nicht genügend vorbereitet, sodaß in den Zentralstellen nur vorwiegend Berliner oder Norddeutsche säßen, die zu geringe Fühlung mit den Interessen im Lande hätten. Deshalb wurde vorgeschlagen, die regionalen Interessen durch eine stärkere Beteiligung der amtlichen Berufsvertretungen, wie der Handelskammern, zur Geltung zu bringen. Auf der Arbeitnehmerseite soll dafür eine entsprechende Zahl von Arbeitern der verschiedenen Landesteile durch den Zentralrat der Arbeiterräte benannt werden. Eine endgültige Entscheidung über die zahlenmäßige Verteilung der Sitze soll durch besondere Beratungen in einem Unterausschuß angestrebt werden.

Die oberschlesischen Wahlen.

Beuthen (O.-S.), 11. November.

Die nunmehr vorliegenden amtlichen Wahlergebnisse der Gemeinderatswahlen in Oberschlesien ergeben folgendes Bild: Im Kreise Hindenburg betrug die Wahlbeteiligung durchschnittlich 66 Prozent. Hiervon entfallen auf die Polen 64 Prozent und auf die übrigen Parteien 36 Prozent. Im Landkreise Beuthen betrug der Durchschnittsprozentsatz der Wahlbeteiligung 65 Prozent. Davon entfallen auf die Polen 55 bis 90 Prozent, im Durchschnitt 78 Prozent. Die Wahlbeteiligung und die abgegebene Stimmenzahl im Kreise Kattowitz entsprechen ungefähr der im Kreise Beuthen. Im Kreise Tarnowitz war die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 50 Prozent. Auf die Polen entfallen 89 Prozent und auf die übrigen Parteien 11 Prozent.

•

Der Ausfall der Gemeindewahlen in Schlesien hat in breiten Kreisen der Bevölkerung Befürchtungen ausgelöst, es könnte die kommende Abstimmung die Lostrennung größerer Gebiete von Deutschland bringen. Nach Erkundigungen, die die „P. P. P." bei der Preußischen Regierung eingezogen haben, sind diese Befürchtungen unbegründet oder doch gewaltig übertrieben. Wenn man das letzte Abstimmungsergebnis in Schlesien richtig werten will, muß man die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden berücksichtigen. Es ist Tatsache, daß jetzt sehr viele polnisch gewählt haben, weil sie ihre Interessen in der Gemeindestube von Polen besser vertreten glauben, die aber sicherlich bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit zum Reich sich für Deutschland entscheiden werden, da sie gar keinen Grund haben, mit besonderer Hast oder Vorliebe zu dem entsetzlich verschuldeten polnischen Staat kommen zu wollen, dessen wirtschaftliche Verhältnisse noch wesentlich zerrütteter sind als die des Deutschen Reiches. Auf der anderen Seite aber darf man die Hoffnung hegen, daß die laue Wahlbeteiligung der deutschen Kreise sich bei der Abstimmung über die Reichszugehörigkeit nicht wiederholen wird, sondern daß dann jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau an der Urne erscheinen wird. Wenn jeder Deutsche seine Pflicht tut, haben wir die Abstimmung nicht zu fürchten.

Einstellung des Personenverkehrs im besetzten Gebiet.

Mainz, 11. November.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird im besetzten Gebiet von heute mitternacht (zum 12. November) an eine Einstellung des Personenverkehrs bis einschließlich 21. November, also 10 Tage lang, erfolgen. — Die Schnellzüge nach Paris und Straßburg bleiben bestehen, wahrscheinlich auch ein Schnellzugspaar auf der Strecke Köln—Ludwigshafen.

Die Verzögerung des Friedens.

Der Widerstand des amerikanischen Senats.

Berfailles, 10. November.

Die Friedenskonferenz beschäftigte sich mit der Lage, die durch die Verhandlungen im amerikanischen Senat über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles geschaffen worden ist. „Temps" sagt: Die letzten Abstimmungen ließen in der Tat befürchten, daß entweder der Friedensvertrag von den Vereinigten Staaten nur mit Einschluß zahlreicher Vorbehalte, die von drei anderen Großmächten vor Inkrafttreten des Friedensvertrages angenommen werden müßten, ratifiziert werde, oder daß die Ratifizierung schließlich gänzlich durch eine Koalition der Gegner des Vertrags und der Gegner der Vorbehalte abgelehnt werde. Man müsse deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß das Inkrafttreten des Vertrages ohne die Ratifizierung von Amerika weiterhin hinausgeschoben werde. Die Bedingung des Artikels 440 des Friedensvertrages, daß drei alliierte Großmächte und Deutschland ratifizieren müßten, um den Friedensvertrag in Kraft zu setzen, sei zwar erfüllt, die Ratifizierung Amerikas sei also nicht unerläßlich, aber andererseits sei es unmöglich, den Friedensvertrag ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten bei den verschiedenen interalliierten Wiedergutmachungs-, Kontroll- und anderen Kommissionen sowie schließlich bei den militärischen Besatzungstruppen auszuführen. Schwierigkeiten ähnlicher Art zeigten sich für die Tätigkeit des Völkerbundes. Heute habe sich der Fünferrat über die Modalitäten der Zusammenberufung der ersten Sitzung des Rates des Völkerbundes schlüssig gemacht, indem er den Widerstand in Rechnung gestellt habe, den die glatte Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat finde.

Voraussichtliche Annahme aller Vorbehalte.

TU Amsterdam, 11. November.

Das Preßbureau Radio meldet aus New York, daß mit 15 gegen 36 Stimmen am Sonnabend mittag die zweite Entschließung der Mehrheit des Senatsausschusses angenommen worden ist. Die „World", die „Tribune" und zahlreiche andere Blätter heben hervor, daß durch den Wortlaut der angenommenen Entschließung dem Präsidenten jede Einwirkung auf den Austritt aus dem Völkerbund genommen werde und daß eine Note des Kongresses ohne Genehmigung und Unterzeichnung des Präsidenten eine hinreichende Grundlage für den Austritt aus dem Völkerbund bilden werde. Die „New York Times" sagt, daß das Ergebnis der Abstimmung bedeute, daß fast alle, wenn nicht alle 15 Vorbehalte, als Teil der Entschließung zur Bestätigung des Friedensvertrages angenommen werden. Lodge erklärte: Wollten die Demokraten die Entschließung zur Bestätigung des Friedensvertrages mit den darin angenommenen Vorbehalten verwerfen, wie sie angedroht haben, so müßten sie den ganzen Friedensvertrag verwerfen. Die Aussprache am Sonnabend dehnte sich über den ganzen Tag aus.

Eine Friedenskonferenz in Warschau?

Amsterdam, 11. November.

Einer Reutermeldung zufolge berichtet das Arbeiterblatt „Daily Herald" aus Warschau: Die polnische Regierung beabsichtigt, alle kriegführenden Parteien in Rußland aufzufordern, die Feindseligkeiten am 25. November einzustellen und Delegierte nach Warschau zu entsenden, die über den sofortigen allgemeinen Frieden beraten sollen. Die Großmächte sind ebenfalls aufgefordert worden, Delegierte zu entsenden, um an der Konferenz, die am 15. Dezember stattfinden soll, teilzunehmen.

Neue Niederlage der Nordwestarmee.

TK Helsingfors, 11. November.

Von der Front wird gemeldet: Der fluchtartige Rückzug der Nordwestarmee ist bisher noch nicht zum Stehen gekommen, da die Truppen des Generals Judenitsch sich auch in den vorbereiteten Aufnahmestellungen nicht zu halten vermochten. Die roten Truppen drängen unaufhaltsam nach. Der heutige Heeresbericht der Nordwestarmee gibt zu, daß die Stellungen am Finnischen Meerbusen und dem Peipussee aufgegeben werden mußten. Aus Reval wird gemeldet, daß mit einem bolschewistischen Vormarsch bis tief in Estland hinein gerechnet wird, da die Nordarmee eine katastrophale Niederlage erlitten hat und den Bolschewisten keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegenzusetzen vermag.

Der Konflikt zwischen Petljura und Denikin.

Berlin, 11. November.

Der hiesige ukrainische Gesandte, Mikola Porsch, hatte gestern eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Vorsitzenden der Interalliierten-Kommission für das Baltikum, General Niessel, die der ukrainischen Frage, insbesondere dem Konflikt zwischen Petljura und Denikin, galt. Der ukrainische Gesandte schilderte das rücksichtslose Vorgehen Denikins gegen das nationale und kulturelle Leben der Ukrainer, das bereits einen gewaltigen Aufstand in der Ukraine gegen die russische Besatzung entfesselt hat. Diese Erscheinung sei die Folge der bisherigen Ostpolitik der Entente, welche zu wenig die gegen den Bolschewismus kämpfenden Volksmassen berücksichtigte und tatsächlich nur einzelne großrussische Klassen und Kasten begünstigte. Die einzige Grundlage für den Wiederaufbau Osteuropas können nur die Völker des ehemaligen Rußlands selbst, besonders die Randvölker, bilden, die allein die nötige Gewähr für eine dauernde Lösung des Ostproblems bieten. General Niessel hat uns schriftliche Unterbereitung dieser Darlegungen zwecks Weiterleitung an seine Regierung, was inzwischen erfolgt ist.

Das Verbot der „Vossischen Zeitung".

Wie zu erwarten war, hat das mit so nachdrücklichem Kommentar erlangene Verbot der „Vossischen Zeitung" eine lebhafte Diskussion hervorgerufen, in der auf der einen Seite der so scharf attackierte Chefredakteur Bernhard des betroffenen Blattes (als Verfasser des beanstandeten Aufsatzes) und auf der anderen Seite die Regierung selbst in einer offiziösen Notiz in der „Deutschen Allg. Ztg." das Wort ergreift. Das erklärt sich sicherlich nicht zuletzt aus dem Umstande, daß ein Zeitungsverbot heutzutage noch unerfreulicher wirkt als während des Krieges. Es ist auch, ganz abgesehen von dem eben erst gewährleisteten Recht der freien Meinungsäußerung, mehr als fraglich, ob mit solchen Maßnahmen wirklich positives erreicht wird. Auch in diesem Falle hätte vielleicht mit einer ernsten Verwarnung, die ja auch an Schärfe nichts vermissen zu lassen brauchte, der Gerechtigkeit durchaus Genüge geschehen können.

Die Regierung sagt nun in der „D. A. Z.", daß die letzte Ententenote nur so unerhebliche Kleinigkeiten als nicht erfüllt aufführe, daß die „Voss. Ztg." selber sie nicht als erheblich anführe. Außerdem sei gerade der „Voss. Ztg." in langen Unterredungen Gelegenheit geboten worden, sich von dem unwandelbaren Willen der Reichsregierung zu überzeugen."

Vielleicht würde es überzeugender gewirkt haben, wenn man anstatt dieser Argumente lieber die Tatsache hervorgehoben hätte, daß Herr Georg Bernhard in einem sonst sehr ausführlichen Protest, den er in einem anderen Blatt seines Verlages veröffentlicht, einen Hauptpunkt unberücksichtigt läßt. Er hatte u. a. in dem inkriminierten Artikel den Satz geschrieben, daß die deutsche Regierung „in der Gefangenenfrage ein unerhörtes Maß von Schuld auf sich geladen" habe. Es wäre, wenn er Einspruch erhob, wohl zu wünschen gewesen, daß er für seine so ungemein schwere Beschuldigung nun auch den Beweis angetreten hätte. Darauf verzichtet er indessen durchaus.

Aber auch das trifft noch immer nicht den eigentlichen Punkt, von dem aus wir diese ganze Angelegenheit so außerordentlich peinlich empfinden. Gerade wenn man das Verbot lieber missen möchte, muß man doch sagen, daß das Unerfreulichste die Tatsache dieses Angriffs an und für sich ist. Wir wollen nicht im einzelnen darauf eingehen, daß auch bei genauerer Prüfung die „Voss. Ztg." dem rückschauenden Blick sich nicht als das Blatt darstellt, das etwa von Anfang an in der Gefangenenfrage mit flammendem Schwung die Fahne vorangetragen hätte, sodaß seine heutige Empörung dadurch begründet und erklärlich erschiene. Viel bedauerlicher ist es, daß es einem demokratischen Blatt vorbehalten blieb, in dieser Weise gegen eine Regierung vorzugehen, in der demokratische Mitglieder sitzen. Man kann nur feststellen, daß auf diese Weise weder den primitivsten Anforderungen der Parteizusammengehörigkeit — wir wagen das Wort „Parteidisziplin" gar nicht erst zu gebrauchen — noch auch dem Ansehen der Partei Rechnung getragen wird.

Der künftige Vertreter Italiens in Berlin.

ITB Rom, 11. November.

Wie der italienische Vertreter des Internationalen Telegraphenbureaus in römischen diplomatischen Kreisen erfährt, bestätigt es sich, daß Commendatore Martino, der gegenwärtig als einer der Vertreter Italiens an der Pariser Konferenz teilnimmt, Chef der künftigen diplomatischen Vertretung in Berlin werden wird.

Tschechien.

Von

Dr. Richard Bahr.

Von den neuen Nationalstaaten, die von der Entente, oder besser, von Frankreich geschaffen wurden, damit sie wie ein spitziger Dorn ins deutsche Fleisch sich bohren, erfreut die Tschechoslowakei in weiten reichsdeutschen Kreisen sich einer gewissen Sympathie. Das gilt nicht nur von den offiziellen, den regierenden Schichten, auf deren Urteil es schwerlich ganz ohne Einfluß blieb, daß die Deutsche Republik in Prag von einem Herrn vertreten wird, der ohne Frage ein ausgezeichneter und geistreicher Publizist ist, dem aber, einem nur mangelhaften Kenner der eigentlichen völkischen Probleme, eine langjährige literarische Freundschaft mit Herrn Masaryk die Unbefangenheit des Schauens und Beobachtens naturgemäß beirrt. Auch in jenen Kreisen, die sich vor allen als die nationalen zu bezeichnen lieben, regt sich ein sichtliches Wohlwollen für die Schöpfung der Benesch, Kramarc, Masaryk und immer wieder stößt man dabei auf die in solcher Zuspitzung verhängnisvolle Formel: wir könnten den Kampf nicht gegen Polen und Tschechen zugleich aufnehmen. Mit den Polen, die uns Westpreußen und Posen raubten, sei ein Ausgleich auf die Dauer doch nicht möglich. Von den Tschechen aber scheide uns nichts, nicht einmal nennenswerte Reibungsflächen. Daß dergleichen Torheit von Beamteten und Unterbeamteten ungescheut vorgebracht und gar als Staatsweisheit angepriesen werden darf, zeigt auf eine schier erschütternde Weise, wie wenig die Deutschen auch nach diesem Jahr fürchterlichster Erfahrungen sich als Gesamtnation zu begreifen lernten. Immer noch finden wir aus dem kleindeutschen Zirkel, der unsere auswärtige Politik von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt und schließlich die ganze nationale Zukunft uns erschlagen muß, nicht heraus. Mit den Polen haben wir im alten Reichsverband in Fehde und Zwietracht gelebt. Nun entreißen sie uns im Verein mit der Entente wertvolle, zum Teil ausgesprochen deutsche Gebiete. Also bleiben sie unsere Feinde und nicht eher kann Eintracht und ehrlicher Friede herrschen zwischen uns und dem Polenstaat, als bis das Unrecht wieder gutgemacht und dem deutschen Volke zurückgegeben ward, was ihm gehört. Das ist, soweit man sich dabei nicht gerade auf die Grenzen von 1914 verfreift, ungezweifelt richtig. Eines — nahen oder fernen — Tages werden die unmöglichen und unpsychologischen Abmachungen von Versailles ja doch revidiert werden und dann sollen wir beanspruchen, was deutsch wurde durch die Arbeit der Jahrhunderte und von deutschen Menschen besiedelt ist. Auf die eine oder andere Enklave inmitten reinpolnischen Landes werden wir freilich auch dann verzichten müssen. Genau so wie wir, wenngleich nicht ohne nagenden Schmerz, uns mit dem Verlust von Prag und zahlreichen anderen Städten in der böhmischen, mährischen, schlesischen Diaspora abzufinden haben. Über widerwillige Fremde zu herrschen, kann, nach solchem Erleben, in alle Zukunft kein Ideal und kein Ziel deutscher Politik mehr sein.

Aber steht es denn mit den Tschechen auch nur in einem Belang anders? Die haben, als stille Teilhaber der Entente, den österreichischen Bundesgenossen vor der Zeit kampfunfähig und würde gemacht und trennten jetzt 3½ Millionen Deutsche vom Körper der Gesamtnation. Deren Bodenschätze und rühriger Gewerbefleiß müssen hinfort dem tschechischen Imperialismus dienen. In alten deutschen Kulturstätten, durch die kaum je ein tschechisches Wort erklang, regiert, mit Maschinengewehren und Legionären, der slawische Frohnvogt. Trotz allen salbungsvollen Reden der Herren in Prag, die zumal vor unkundigen reichsdeutschen Besuchern vor Milde überfließen, werden die Deutschen in Schule, Gericht und Verwaltung vergewaltigt und wenn das alles noch nicht ausreicht, wie in den vergangenen Märztagen, vor die Feuerrohre getrieben, die zum Teil die ahnungslose Berliner Regierung an Tschechien verschacherte, und niederknallt. Und immer noch „keine Reibungsflächen"? Gewiß, wenn erst Recht und Gesetz einmal wiederkehrten, ist die Lage unserer Stammesgenossen nicht gerade verzweifelt. Die Tschechoslowakei ist das wiedererstandene alte Österreich. Ein Nationalitätenstaat, in dem das herrschende Volkstum mit seinen 6 unter 13 Millionen Köpfen die geborene Minderheit darstellt. Einstweilen hilft man sich in Prag mit einer nationalistischen Diktatur. Aber Diktaturen können nicht ewig dauern. Wohl oder übel, über kurz oder lang wird man sich doch dazu bequemen müssen, eine Verfassung zu geben, wird ein Parlament zu wählen sein und in das werden die Deutschen mit etwa 70—75 Mandaten einziehen. Eine starke, achtunggebietende Minorität, die bei einer klugen und sachlichen Politik, wie sie die Sudetendeutschen zu treiben entschlossen sind, durch Bündnisse mit den anderen, in diesem aus Haß und Großmannssucht geborenen Kunststaat zusammengepferchten Volksstämmen unter Umständen gar in eine Mehrheit sich wandeln kann. Aber um eine solche Politik führen zu können, müssen sie wissen, daß der im Reich vereinte Großteil der Nation, der trotz aller unserer Kümmerlichkeit immer noch den deutschen Staat repräsentiert, hinter ihnen steht. Was hat in der verflossenen K. u. K. Monarchie, der schließlich sie das Grab schaufelten (die Südslawen kamen später, eigentlich nur noch zum letzten Gnadenstoß) den Tschechen das Gewicht verliehen?

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Mittwoch, den 12. November.

Opernhaus.
Ref.-Sup 269. Stier von Olivera.
Anf. 7 Uhr.

Schauspielhaus.
246. Abonnem.-Vorstellung: Maria Stuart.
Anf. 6½ Uhr.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele.
7 Uhr: Iwanow.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
7 Uhr: Fräulein Julie. Hierauf: Der grüne Kakadu.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Cyrienne.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str.
7½ Uhr: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus.
7½ Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Der Schwarze Künstler.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Jugend.

Die Tribüne.
7½ Uhr: Die Wandlung.

Eden-Theater.
Alte Jakobstr. 80.
7½ Uhr: „U. A. w. g."

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
3½ Uhr: Peter und Paul.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Er kann nicht beichten.

Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Helden.
Stg. 12 Uhr: Tanzmat. Doroth. Albn.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: Arnold Rieck in Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: Verschwörung d. Fiasko.

Thalia-Theater.
7½ Uhr: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Wilhelm Tell.
7¼ Uhr: Der Vielgeliebte.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

(21288)